

Tariftreue belohnen

Diskussion DGB-Landesvorsitzender Kai Burmeister und Dorothee Diehm von der IG Metall über die Rolle der Gewerkschaften, Tarifverträge und die Kommunalpolitik.



Diskutierten im Steiglehof mit Gästen über Arbeit und Politik: der DGB-Landesvorsitzende Kai Burmeister, Susanne Gaiffi und Thomas Mattes vom SPD-Ortsverein Horb und Dorothee Diehm, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Freudenstadt.

Bild: Jochen Stöhr

Eine weitere Diskussionsveranstaltung des SPD-Ortsvereins Horb fand am Mittwochabend im Steiglehof statt. Nachdem beim letzten Mal über die Mietpreise und den Wohnungsmarkt gesprochen wurde, stand diesmal der Arbeitsmarkt im Zentrum sowie die Frage, was Kommunalpolitik und Gewerkschaften tun können, um die Arbeitsbedingungen positiv zu beeinflussen. Die Horber Spitzenkandidaten der Gemeinderatswahl, Susanne Gaiffi und Thomas Mattes, begrüßten die Gäste und übergaben das Wort zunächst an Dorothee Diehm, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Freudenstadt.

Im Gegensatz zu anderen Branchen sei die IG Metall noch als Ansprechpartner für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region vertreten, begann Diehm und ging auf die derzeitige politische Lage ein. Sie sprach auch die „Unzufriedenheit“ mit der Ampel-Regierung mit SPD-Beteiligung an. In Krisenzeiten komme es oft zu dem Reflex, dass Menschen sich Sündenböcke aussuchten. Konkret betreffe dies derzeit Migranten und Flüchtlinge. Diehm lobte, dass Menschen wie der Unternehmer Reinhold Würth oder auch die Horber Firma Lauffer Mut bewiesen und klare Kante gezeigt hätten. Gleichzeitig kritisierte sie aber auch, dass viele Arbeitgeber „den Kopf einziehen“, nur um den Unternehmensfrieden zu wahren.

Was die wirtschaftliche Lage angehe, so sei der Raum Freudenstadt bisher von großen Krisen verschont geblieben. Die Lage in der Metall- und Elektroindustrie sei stabil. Anders sehe es etwa in der Möbelbranche aus, wo es Betriebsschließungen gab. Firmen wie Lauffer, Bosch-Rexrodt, Trumpf im Raum Schramberg und Arburg in Loßburg hätten seit 2010 zugelegt. Die Konjunkturkrise mache sich jedoch auch in der Region bemerkbar. So habe Homag in Schopfloch mit Personalabbau reagiert, während andere Firmen eher das Instrument der Kurzarbeit wählten. Von der Bundesregierung fordert die IGM-Bevollmächtigte mehr Mut, in Förderprogramme für die Wirtschaft zu investieren. Dennoch

halte sie das derzeit angesagte Ampel-Bashing für den falschen Weg.

Er finde es gut, dass es einen Austausch zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien gibt, sagte der DGB-Landesvorsitzende Kai Burmeister, der aus Stuttgart angereist war. Einen Appell angesichts der kommenden Kommunalwahlen schickte er voraus: „Geht wählen!“ Um die Demokratie sei es aktuell nicht gut bestellt, weshalb es nicht selbstverständlich sei, freie Wahlen zu haben. Die Gewerkschaften seien einerseits dazu da, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen, aber auch, um sich für die Demokratie einzusetzen, sagte der Landesvorsitzende, der anschließend fünf Wahlprüfsteine präsentierte.

Der erste Punkt betraf das Mobilitätsmanagement. Wie komme ich zur Arbeit? Diese Frage stellten sich derzeit viele Arbeitnehmer. Es gelte, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und den ÖPNV zu stärken. Dies wünscht er sich von der Landesregierung, aber auch Arbeitgeber könnten einen Beitrag dazu leisten. Zweites Thema: Wohnen. Warum gibt es so wenig Azubi-Wohnheime?, fragte der Gastreferent. Städte und Kommunen sollten sich mehr dafür einsetzen. Als positive Beispiele mit kommunalen Häusern nannte er die Städte Heidelberg und München.

Ein weiteres wichtiges Thema seien die lokalen Krankenhäuser, vor allem im ländlichen Raum. Manchen drohe die Schließung. Thomas Mattes konnte aus Horber Sicht berichten, wo es kein Krankenhaus mehr, sondern nur noch ein geriatrisches Versorgungszentrum gibt. Könnten mehr kommunale medizinische Versorgungszentren das Problem lösen? Weiter nannte Burmeister das Problem der fehlenden Fachkräfte und der wenig verlässlichen Öffnungszeiten von Kitas. Es fehle an Personal. Winfried Asprion (Grüne) beklagte in diesem Zusammenhang die ungerechte Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern.

Eine weitere Anregung an die Kommunalpolitik betraf das Thema Steuergelder. Burmeister forderte, dass öffentliche Aufträge an die Unternehmen vergeben werden sollten, die sich zu Tarifverträgen bekennen. Dies könne etwa Baufirmen für Straßensanierungen und Elektronikarbeiten an Schulen betreffen. Er erwarte von der Bundesregierung, dass das Tariftreuegesetz umgesetzt wird. Auch Kommunen könnten sich für Tariftreue aussprechen. Besser als ein kommunaler Flickenteppich sei es jedoch, so Burmeister, wenn sich die Landesregierung dafür einsetzt.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde unter anderem über das Streikrecht und die Energiewende diskutiert.